PB.Z-01-046

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 46 bis 54:
Die Pandemie hat etliche Defizite bei ihrer Bekämpfung wie unter dem Brennglas offenbart: Faxgeräte im Dauerbetrieb, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie verhindern ein effektives staatliches Handeln. Unser föderales System ist häufig an seine Grenzen gestoßen. Statt eines schlanken Staates, brauchen wir mehr Miteinander. Wir brauchen eine bessere Verzahnung der kommunalen, Landes-, Bundes und Europaebene, einheitliche Strukturen, mehr Agilität und auch Effizienz. Es bedarf eines neuen Aufbruchs für eine moderne und funktionierende Staatsstruktur für das 21. Jahrhundert. Unser Ziel ist ein moderner, engagierter Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe begegnet, Transparenz sicherstellt, (digitale) Beteiligung ermöglicht und lernfähig ist. Er muss sich vor allem für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzen. Die weitere Digitalisierung der Verwaltung und Modernisierung von Verfahren ist ein zentraler Baustein zum Gelingen dieses Ziels. Für den modernen und engagierten Staat zentrale Themen wie das E-Governement müssen endlich mit höchster politischer Priorität vorangetrieben werden. Dabei setzen wir auf ebenso praktikable wie extrem sichere Anwendungen, auf durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen und den Einsatz offener Formate und Software, wo es nur geht.

~~Gleichzeitig gilt es unseren demokratischen Staat auf die Höhe der Zeit zu bringen. Alte Faxgeräte, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie nerven und verhindern, dass es vorangeht. Unser Ziel ist ein gut funktionierender Staat, pragmatisch und den Menschen zugewandt. Ein Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung in der Lage ist, Krisen zu bewältigen, und das Land voranbringt, der es Menschen leicht macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Und wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren, bauend auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für~~Gewohnte Traditionen und Prinzipien müssen überdacht werden. Es bedarf mehr Mut zum Ausprobieren, verbunden mit einer neuen Fehler- und Transparenzkultur. Das große Know-How der Zivilgesellschaft wollen wir sehr viel stärker einbinden. Unser Ziel ist ein moderner und engagierter Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung transparent, offen und in der Lage ist, Krisen effektiv zu managen, aber es den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt leicht macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Transparenz, Gleichberechtigung und Barrierefreiheit sind zentrale Pfeiler für Zusammenhalt in Vielfalt, in einem bürger*innennahen Staat.

Begründung

Unser Staat muss sich verändern, neu erfinden und gewohnte Pfade auch einmal verlassen. Diesen Aufbruch müsse wir jetzt organisieren, um einen modernen und engagierten Staat zu erreichen, der digitale Anwendung im Alltag flächendeckend nutzt und den Menschen zuvorkommend und unterstützend zur Seite steht. Dabei verankern wir Leitprinzipien wie Transparenz und Offenheit auf allen Ebenen.

weitere Antragsteller*innen

Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Jörn Pohl (KV Kiel); Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Marie Schäffer (KV Potsdam); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Tabea Rößner (KV Mainz); Matthi Bolte-Richter (KV Bielefeld); Bijan Moini (KV Berlin-Mitte); Valentin Lippmann (KV Dresden); Hanna Heicke (KV Emmendingen); Waltraud Oertel (KV Coesfeld); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Fabian Müller (KV Münster); Julia Eisentraut (KV Lippe); Lea Judith Fischer (KV Berlin-Mitte); Niklas Geßner (KV Solingen); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Pascal Powroznik (KV Münster); Thomas Blankenburg (KV Ilm-Kreis); Philipp Sean Giesinger (KV Kleve); Robin Wagener (KV Lippe); Constance Chucholowski (KV Berlin-Pankow); Björn Engel (KV Paderborn); Pascal Pfeiffer (KV Aachen); Moritz Oberberg (KV Bochum); Dagmar Hanses (KV Soest); Yves Venedey (KV Berlin-Mitte); Michael Labetzke (KV Bremerhaven); Sandra Heinrichsen (KV Unna); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Tilo Fuchs (KV Berlin-Mitte); Claus Scholl (KV Bonn); Christoph Bose (KV Bonn)